Niederschrift
über die 15. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
am **Donnerstag, 30. November 2017, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU
Dr. Bernd Hoppe, 1. stellvertretender Vorsitzender, Freie Wähler
Helene Freund, Mitglied, SPD
Enrico Schäfer, Mitglied, SPD (Vertretung für Dr. Hasina Farouq)
Norbert Sprafke, Mitglied, SPD
Sabine Wurst, Mitglied, SPD
Valentino Lipardi, Mitglied, CDU (Vertretung für Saskia Spohr-Frey)
Dr. Andreas Jürgens, Mitglied, B90/Grüne
Awet Tesfaiesus, Mitglied, B90/Grüne
Michael Werl, Mitglied, AfD
Vera Katrin Kaufmann, Mitglied, Kasseler Linke

Teilnehmer mit beratender Stimme
Gerd Walter, Vertreter des Behindertenbeirates (Vertretung für Carola Hiedl)

Magistrat
Dirk Stochla, Stadtrat, SPD

Schriftführung
Jutta Butterweck, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Holger Augustin, Mitglied, CDU
Omar Dergui, Vertreter des Ausländerbeirates
Dieter Pfeiffer, Vertreter des Seniorenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Roland Beth, Rechtsamt
Ulrich Krebs, Ordnungsamt
Norbert Schmitz, Feuerwehr
Anja Starick, Umwelt- und Gartenamt
Klaus Koch, Geschäftsbereich Oberbürgermeister
Bernd Reyer, Kämmerei und Steuern
Anja Morell, Bürgeramt

Tagesordnung:

1.	**Friedhofswesen - Vertrag zwischen der Stadt Kassel und dem Evangelischen Stadtkirchenkreis**	101.18.700
2.	**Frauenförder- und Gleichstellungsplan von KASSELWASSER**	101.18.701
3.	**Änderung der Satzung der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH)**	101.18.715
4.	**Änderung des Gesellschaftsvertrags der Müllheizkraftwerk Kassel GmbH (MHKW)**	101.18.716
5.	**Änderung des Gesellschaftsvertrags der Klinikum Kassel GmbH**	101.18.717
6.	**Änderung des Gesellschaftsvertrags der Kassel Marketing GmbH**	101.18.718
7.	**Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kassel (Baumschutzsatzung)**	101.18.732
8.	**Städtische Werke Aktiengesellschaft (STW) Gründung der Direktvertriebsgesellschaft mbH**	101.18.738
9.	**Städtische Werke Aktiengesellschaft (STW) Beteiligung an der Windenergie Reinhardswald GmbH Beteiligung an der Windpark Reinhardswald GmbH & Co. KG**	101.18.740
10.	**Informationsfreiheitssatzung**	101.18.302
11.	**Abschiebungen aus Kassel**	101.18.711
12.	**Illegale Autorennen**	101.18.728
13.	**Fachberater Integration für die Feuerwehr**	101.18.729
14.	**Zusätzliche Dienststelle des Ordnungsamtes in der Innenstadt**	101.18.730
15.	**Konzept Videoüberwachung und Sicherheit in der Innenstadt**	101.18.731
16.	**Videoüberwachung im Bereich Königsstraße**	101.18.739

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 23. November 2017 ordnungsgemäß einberufene 15. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Stadtverordneter Dr. Hoppe, Fraktion Freie Wähler + Piraten und Stadtverordneter Dr. Jürgens Fraktion B90/Grüne bitten darum, u.a. wegen weiterem Beratungsbedarfs, den **Tagesordnungspunkt 10. betr. Informationsfreiheitssatzung** von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abzusetzen und für die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung vorzusehen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Vorsitzender Kortmann stellt die geänderte Tagesordnung fest.

1. Friedhofswesen -
Vertrag zwischen der Stadt Kassel und dem Evangelischen Stadtkirchenkreis
Vorlage des Magistrats
- 101.18.700 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem aus der Anlage ersichtlichen Vertrag zwischen der Stadt Kassel und dem Evangelischen Stadtkirchenkreis über das Friedhofs- und Bestattungswesen in Kassel in der vorliegenden Entwurfsfassung mit Stand 28.06.2017 zu und ermächtigt den Magistrat zum rechtsverbindlichen Vertragsschluss. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen und/oder Klarstellungen“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Friedhofswesen -
Vertrag zwischen der Stadt Kassel und dem Evangelischen Stadtkirchenkreis ,
101.18.700,wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Sprafke

2. Frauenförder- und Gleichstellungsplan von KASSELWASSER
Vorlage des Magistrats
- 101.18.701 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem vorliegenden Frauenförder- und Gleichstellungsplan von KASSELWASSER wird zugestimmt.
Er soll mit Wirkung vom 01.01.2018 in Kraft treten.

Stadtrat Stochla gibt das Wort zur Beantwortung der aufkommenden Fragen an Frau Ulrike Wasmuth, KASSELWASSER.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Frauenförder- und Gleichstellungsplan von KASSELWASSER , 101.18.701, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Lipardi

3. Änderung der Satzung der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH)
Vorlage des Magistrats
- 101.18.715 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Änderung der Satzung der Gesundheit Nordhessen Holding AG vom 14.12.2004 wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs (Anlage) zugestimmt.

2. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form

abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen oder Streichungen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Änderung der Satzung der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH), 101.18.715, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Tesfaiesus

4. Änderung des Gesellschaftsvertrags der Müllheizkraftwerk Kassel GmbH (MHKW)
Vorlage des Magistrats
- 101.18.716 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Änderung des Gesellschaftsvertrags der Müllheizkraftwerk Kassel GmbH vom 11.09.2001 wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs (Anlage) zugestimmt.

2. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen oder Streichungen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD, Freie Wähler + Piraten
Ablehnung: Kasseler Linke
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Änderung des Gesellschaftsvertrags der Müllheizkraftwerk Kassel GmbH (MHKW), 101.18.716, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Werl

5. Änderung des Gesellschaftsvertrags der Klinikum Kassel GmbH
Vorlage des Magistrats
- 101.18.717 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Klinikum Kassel GmbH vom 02.08.2002 wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs (Anlage) zugestimmt.

2. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen oder Streichungen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Änderung des Gesellschaftsvertrags der Klinikum Kassel GmbH , 101.18.717, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Kaufmann

6. Änderung des Gesellschaftsvertrags der Kassel Marketing GmbH
Vorlage des Magistrats
- 101.18.718 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Kassel Marketing GmbH vom 24.03.2010 wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs (Anlage) zugestimmt.

2. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen oder Streichungen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Änderung des Gesellschaftsvertrags der Kassel Marketing GmbH, 101.18.718, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Hoppe

7. Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kassel (Baumschutzsatzung)
Vorlage des Magistrats
- 101.18.732 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kassel (Baumschutzsatzung) in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung."

Im Verlauf der Diskussion beantworten Stadtrat Stochla und Frau Dr. Starick, Leiterin Umwelt-und Gartenamt die Nachfragen der Ausschussmittglieder.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Freie Wähler + Piraten
Ablehnung: CDU, AfD
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kassel (Baumschutzsatzung) , 101.18.732,wird **zugestimmt.**

Stadtverordneter Dr. Hoppe, Freie Wähler + Piraten bringt nachstehenden Änderungsantrag ein und begründet diesen:

- **Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler + Piraten**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:
Der Entwurf der Baumschutzsatzung wird wie folgt geändert:

1. § 3, Absatz 2, Ziffer 2, Sachlicher Geltungsbereich, wird gestrichen.

2. § 3, Absatz 2, Ziffer 3, Sachlicher Geltungsbereich, wird gestrichen.

Der Änderungsantrag wird punktweise zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: CDU, AfD, Freie Wähler + Piraten
Ablehnung: SPD, B90 Grüne
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Punkt 1 des Änderungsantrages der Fraktion Freie Wähler + Piraten zum Antrag des Magistrats betr. Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kassel (Baumschutzsatzung), 101.18.732, **wird abgelehnt**.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: Freie Wähler + Piraten
Ablehnung: SPD, CDU, B 90/Grüne, AfD
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Punkt 2 des Änderungsantrages der Fraktion Freie Wähler + Piraten zum Antrag des Magistrats betr. Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kassel (Baumschutzsatzung), 101.18.732, **wird abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Schäfer

8. Städtische Werke Aktiengesellschaft (STW)
Gründung der Direktvertriebsgesellschaft mbH
Vorlage des Magistrats
- 101.18.738 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Gründung der Direktvertriebsgesellschaft mbH (*Arbeitstitel*) als 100 %ige Tochtergesellschaft der Städtische Werke AG mit einem Stammkapital von 25 T€ wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs des Gesellschaftsvertrags (Anlage) zugestimmt.

2. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung der Beschlüsse erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form rechtsverbindlich abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Städtische Werke Aktiengesellschaft (STW) Gründung der Direktvertriebsgesellschaft mbH, 101.18.738, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Lipardi

9. Städtische Werke Aktiengesellschaft (STW)
Beteiligung an der Windenergie Reinhardswald GmbH
Beteiligung an der Windpark Reinhardswald GmbH & Co. KG
Vorlage des Magistrats
- 101.18.740 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Beteiligung der Städtische Werke AG an der Gründung der Windenergie Reinhardswald GmbH (*Arbeitstitel*) mit 20,3 % (5.075 €) am Stammkapital von 25 T€ wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs des Gesellschaftsvertrags (Anlage 1) zugestimmt.

2. Der Beteiligung der Städtische Werke AG an der Gründung der Windpark Reinhardswald GmbH u. Co. KG (*Arbeitstitel*) mit einem Kommanditanteil von 20,3 % (5.075 €) am Kommanditkapital von 25 T€ wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs des Gesellschaftsvertrags (Anlage 2) zugestimmt.

3. Gleichzeitig wird der teilweisen bzw. vollständigen Veräußerung von Gesellschaftsanteilen an der Windenergie Reinhardswald GmbH sowie der Windpark Reinhardswald GmbH u. Co. KG zugestimmt.

4. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung der Beschlüsse erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form rechtsverbindlich abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die

Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Städtische Werke Aktiengesellschaft (STW)
Beteiligung an der Windenergie Reinhardswald GmbH
Beteiligung an der Windpark Reinhardswald GmbH & Co. KG, 101.18.740, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Jürgens

10. Informationsfreiheitssatzung
Antrag der Fraktion Freie Wähler + Piraten
- 101.18.302 -

Abgesetzt

11. Abschiebungen aus Kassel
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.18.711 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Ausländer (aufgegliedert nach Männern, Frauen sowie Kindern und Jugendlichen) mit bisherigem Aufenthalt in der Stadt Kassel aus welchen Herkunftsländern wurden jeweils in den Jahren 2014-2016 und im 1. Halbjahr 2017 von der Ausländerbehörde der Stadt Kassel aus Deutschland in welche Zielländer abgeschoben?

2. Wie viele ausreisepflichtige Ausländer (aufgegliedert nach Männern, Frauen sowie Kindern und Jugendlichen) mit bisherigem Aufenthalt in der Stadt

Kassel aus welchen Herkunftsländern entschieden sich in den Jahren 2014-2016 zur Vermeidung einer Abschiebung für die freiwillige Ausreise?

3. Wie viele Abschiebungen erfolgten
   a. aufgrund einer Abschiebungsanordnung oder vollziehbaren Ausreiseaufforderung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Zuge von Asylverfahren,
   b. aufgrund einer Abschiebungsanordnung bzw. vollziehbaren Ausreiseaufforderung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Dublin-Verfahren,
   c. aufgrund einer nicht eingehaltenen Ausreiseaufforderung nach Nichterteilung oder Nichtverlängerung eines Aufenthaltstitels,
   d. aufgrund einer nicht eingehaltenen Ausreiseaufforderung nach Verfügung einer Ausweisung,
   e. direkt aus der Haft aufgrund einer Ausweisung?

4. In wie vielen der unter 3 genannten Fälle wurde Abschiebehaft
   a. von der Ausländerbehörde beantragt und,
   b. vom Haftrichter angeordnet?

5. Wie viele Abschiebungen erfolgten jeweils über den Flughafen Kassel-Calden?

6. Gibt es in Kassel Abschiebebeobachter?

7. Welche Kosten entstanden der Stadt Kassel jeweils in den Jahren 2014-2017 durch diese Abschiebungen?

Stadtrat Stochla beantwortet die Anfrage. Eine schriftliche Antwort des Magistrats wird zugesagt.

Vorsitzender Kortmann erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla für erledigt.

12. Illegale Autorennen
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.728 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, mit allen zulässigen Mitteln gegen jegliches illegales Autorennen und gegen Raser vorzugehen. Hierzu sollen auf allen

Hauptein- und Ausfallstraßen der Stadt Kassel besonders an den Wochenenden und vor Feiertagen regelmäßig zur Nachtzeit mobile Kontrollen der Geschwindigkeit durch städtische Mitarbeiter durchgeführt werden. Weiter wird der Magistrat beauftragt, mit einschlägigen Verbänden, Organisation und Institutionen Kontakt mit dem Ziel aufzunehmen, gerade in der Gruppe junger Autofahrer Veranstaltungen durchzuführen, die über die Gefährlichkeit und die Folgen solcher "Autorennen" deutlich informieren.

Stadtverordneter Lipardi, CDU-Fraktion begründet den Antrag.

Den Ausschussmitgliedern liegt ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und der Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst vor, der von Stadtverordneten Schäfer, SPD-Fraktion, begründet wird. Stadtverordneter Lipardi, CDU-Fraktion übernimmt die Änderungsvorschläge und ändert den Antrag seiner Fraktion wie folgt ab:

- **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, **in enger Abstimmung mit dem Polizeipräsidium Nordhessen und mit den dafür geeigneten Mitteln, gegen illegale Autorennen und Raser vorzugehen. Hierzu sollen an den in Frage kommenden Örtlichkeiten und relevanten Uhrzeiten regelmäßig** mobile Kontrollen der Geschwindigkeit durch städtische Mitarbeiter durchgeführt werden. Weiter wird der Magistrat beauftragt, mit einschlägigen Verbänden, Organisation und Institutionen Kontakt mit dem Ziel aufzunehmen, gerade in der Gruppe junger Autofahrer Veranstaltungen durchzuführen, die über die Gefährlichkeit und die Folgen solcher "Autorennen" deutlich informieren.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Illegale Autorennen, 101.18.728, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Werl

13. Fachberater Integration für die Feuerwehr
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.729 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, gemäß den Empfehlungen des Deutschen Feuerwehrverbandes für den Bereich der Feuerwehr Kassel eine(n) Fachberater(in) für Integration einzusetzen. Ziel dieser Aufgabe ist es, die interkulturelle Öffnung und die Integration in den Feuerwehren voranzubringen.

Stadtverordneter Lipardi, CDU-Fraktion begründet den Antrag.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: CDU, Freie Wähler + Piraten
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, AfD
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Fachberater Integration für die Feuerwehr, 101.18.729, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Kaufmann

14. Zusätzliche Dienststelle des Ordnungsamtes in der Innenstadt
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.730 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, zur Verbesserung der objektiven Sicherheit und zur Förderung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger in der Kasseler Innenstadt eine zusätzliche Dienststelle des

Ordnungsamtes einzurichten, die als Anlaufstelle der Besucher der Innenstadt bei allen Fragen der Sicherheit ansprechbar ist und die kurzfristig auch den Einsatz der kommunalen Ordnungskräfte koordinieren kann.

Der Antrag wird von Stadtverordneten Lipardi, CDU-Fraktion, begründet.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: CDU
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Zusätzliche Dienststelle des Ordnungsamtes in der Innenstadt, 101.18.730, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Hoppe

Vorsitzender Kortmann ruft die Tagesordnungspunkte 15. und 16. betr. Video-Überwachung gemeinsam auf. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

15. Konzept Videoüberwachung und Sicherheit in der Innenstadt
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.731 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Wie sieht das Konzept zur Verbesserung der Sicherheit und zur Einführung der Video-Überwachung in der Innenstadt aus?

Stadtrat Stochla beantwortet die Anfrage und die weiteren Nachfragen der Ausschussmitglieder. Eine schriftliche Antwort wird als Anlage zur Niederschrift zugesagt.

Die Anfrage wird von Vorsitzenden Kortmann nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla für erledigt erklärt.

16. Videoüberwachung im Bereich Königsstraße
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.18.739 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie beurteilt der Magistrat die aktuelle Sicherheitslage in der Königsstraße?
2. Wie viel strafrechtlich relevante Taten wurden von der Polizei im Jahr 2016 in der Königsstraße bzw. der Einkaufs- und Fußgängerzone statistisch erfasst?
3. Auf welcher rechtlichen Grundlage steht der kommunale und flächendeckende Einsatz von Videokameras im Bereich der Königsstraße?
4. Wie beurteilt der Magistrat die Videoüberwachung vor dem Hintergrund des grundgesetzlich garantierten Rechts auf informationelle Selbstbestimmung und des Rechts auf Versammlungsfreiheit?
5. Wer überwacht die Überwacher?
6. Wie setzen sich die laut Hessenschau veranschlagten Kosten in Höhe von 240.000 Euro für die Videoüberwachung zusammen?
7. Auf welcher Grundlage wurde die Ausweitung der Videoüberwachung angekündigt, da die Beschlussgrundlage in der Stadtverordnetenversammlung eine Ausweitung der Videoüberwachung des Öfteren mehrheitlich abgelehnt hat (vgl. z.B. Vorlage 101.18.430; 101.18.159; 101.17.1961)?
8. Wann sollen die zusätzlichen Überwachungskameras in Betrieb genommen werden?
9. Wann wird der Magistrat den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 8. Mai 2017 ein Konzept zur Ausweitung der Videoüberwachung in Kassel vorzulegen umsetzen?

Stadtrat Stochla beantwortet die Anfrage und die weiteren Nachfragen der Ausschussmitglieder. Eine schriftliche Antwort wird als Anlage zur Niederschrift zugesagt.

Die Anfrage wird von Vorsitzenden Kortmann nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla für erledigt erklärt.

Ende der Sitzung: 18.06 Uhr

Stefan Kortmann	Jutta Butterweck
Vorsitzender	Schriftführerin

-33-

6. November 2017
Herr Strauch
Tel. 7039

Stadt Kassel - Magistrat
Dezernat III
Eing. 09. NOV. 2017

An

-III-

über

-II- 7.11.2017

Stellungnahme zur Anfrage der Kasseler Linken (101.18.711)

Zur Anfrage der Kasseler Linken vom 2.11.17 (Abschiebungen aus Kassel) geben wir folgende Stellungnahme ab bzw. melden die folgenden Zahlen:

Zu Frage 1:

2014: 49 Abschiebungen

2015: 77 Abschiebungen

2016: 39 Abschiebungen

2017 (1. Halbjahr): 20 Abschiebungen

Statistische Erhebungen nach Geschlecht, Alter und Herkunftsländern gibt es nicht bzw. die Auswertung ist nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand möglich.

Zu Frage 2:

2014: 32 freiwillige Ausreisen

2015: 181 freiwillige Ausreisen

2016: 131 freiwillige Ausreisen

Statistische Erhebungen nach Geschlecht, Alter und Herkunftsländern gibt es nicht bzw. die Auswertung ist nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand möglich.

Zu Frage 3:

a) Von den 185 Abschiebungen aus 2014 – 2017 handelte es sich bei 58 Personen um abgelehnte Asylbewerber, die aufgrund von Ausreiseaufforderungen und

Abschiebungsandrohungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) abgeschoben wurden.

b) Bei 24 Personen handelte es sich um Dublin-Fälle, die aufgrund von Abschiebungsandrohungen mit Ausreiseaufforderungen bzw. aufgrund von Abschiebungsanordnungen des BAMF abgeschoben wurde.

c) Nicht statistisch erfasst

d) Nicht statistisch erfasst

e) 71 Personen wurden aufgrund einer Ausweisung direkt aus der Haft abgeschoben.

Zu Frage 4:

a) Nicht statistisch erfasst
b) 2014: 2
2015: 1
2016: 4
2017 (1. Halbjahr): 0

Zu Frage 5:

Nicht statistisch erfasst

Zu Frage 6:

Die Existenz von Abschiebungsbeobachtern ist uns nicht bekannt

Zu Frage 7:

2014: 35.245 €

2015: 67.603 €

2016: 33.292 €

2017: 45.609 € (Stand: 4.10.17)

Im Auftrag

gez. Uwe Fricke

Kassel, 20. November 2017
Herr Krebs
Tel. 70 65

Stadt Kassel - Magistrat
Dezernat III
Eing. 21. NOV. 2017

An

- III -

Anfrage der CDU-Fraktion vom 9. November 2017 zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
Vorlage Nr. 101.18.731 – Konzept Videoüberwachung und Sicherheit in der Innenstadt

Berichterstatter: Stadtverordneter Stefan Kortmann

Anfrage:

Wir fragen den Magistrat:

Wie sieht das Konzept zur Verbesserung der Sicherheit und zur Einführung der Video-Überwachung in der Innenstadt aus?

Stellungnahme:

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden zu den Themen Sicherheit und Videoüberwachung diverse Vorbereitungs- und Abstimmungsgespräche auf verschiedenen Ebenen zwischen der Stadt und dem Polizeipräsidium Nordhessen geführt.
Konkrete Konzepte zum Ausbau der Video-Überwachung und zur Verbesserung der Sicherheit in der Innenstadt liegen auf der Grundlage dieser Gespräche noch nicht vor.

Ulrich Krebs

Kassel, 23. November 2017
Herr Krebs
Tel. 70 65

Stadt Kassel - Magistrat
Dezernat III
Eing. 28. NOV. 2017

An

- III -

Anfrage der Fraktion KASSELER LiNKE vom 20. November 2017 zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung Vorlage Nr. 101.18.739 - Videoüberwachung im Bereich Königsstraße

Berichterstatterin: Stadtverordnete Vera Kaufmann

Frage 1:

Wie beurteilt der Magistrat die aktuelle Sicherheitslage in der Königsstraße?

Antwort:

Anhaltspunkte für eine konkrete Gefahrensituation in der Königsstraße liegen der Stadt nicht vor. Die Bewertung der Sicherheitslage fällt im Übrigen in die Zuständigkeit der Polizei.

Frage 2:

Wie viel strafrechtlich relevante Taten wurden von der Polizei im Jahr 2016 in der Königsstraße bzw. der Einkaufs- und Fußgängerzone statistisch erfasst?

Antwort:

Laut Auskunft des Polizeipräsidiums Nordhessen wurden in 2016 in der Einkaufs- und Fußgängerzone rund um die Königsstraße insgesamt **579** Straftaten auf **öffentlichen Wegen und Plätzen** registriert.

Frage 3:

Auf welcher rechtlichen Grundlage steht der kommunale und flächendeckende Einsatz von Videokameras im Bereich der Königsstraße?

Antwort:

Rechtsgrundlage für den Einsatz einer Videoüberwachung ist § 14 Abs. 3 und 4 Hess. Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung - HSOG.

Frage 4:

Wie beurteilt der Magistrat die Videoüberwachung vor dem Hintergrund des grundgesetzlich garantierten Rechts auf informationelle Selbstbestimmung und des Rechts auf Versammlungsfreiheit?

Antwort:

Eine Videoüberwachung greift in den Schutzbereich des Art. 8 GG (Versammlungsfreiheit) nicht ein.
Eine Videoaufnahme enthält bei geeigneter Auflösung bzw. Vergrößerung immer persönliche, individualisierbare Daten, so dass das Recht auf informationelle Selbstbestimmung regelmäßig berührt ist.
Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen (§ 14 Abs. 3 und 4 HSOG) ist ein Eingriff in den Schutzbereich aber aus präventiven Gründen der Gefahrenabwehr oder aus restriktiven Gründen der Strafverfolgung gedeckt.

Frage 5:

Wer überwacht die Überwacher?

Antwort:

Behörden werden nicht willkürlich, sondern auf der Grundlage einer gesetzlichen Ermächtigung tätig. Außerdem ist der Hess. Datenschutzbeauftragte beteiligt.

Frage 6:

Wie setzen sich die laut Hessenschau veranschlagten Kosten in Höhe von 240.000 Euro für die Videoüberwachung zusammen?

Antwort:

In dem Beitrag der Hessenschau vom 13. November 2017 wurde ein Betrag in Höhe von 210.000 Euro genannt. Wie die Fragesteller auf eine Summe von 240.000 Euro kommen, erschließt sich nicht.
210.000 Euro sind die für eine Erweiterung der Videoüberwachung in den Haushalt 2017 eingestellten Haushaltsmittel. Der Betrag basiert auf einer Kostenschätzung, die wiederum auf der Grundlage der Beschaffungs- und Installationskosten für die vorhandenen Kamerastandorte aus dem Jahr 2002 zuzüglich Aktualisierungszuschlag vorgenommen worden ist.

Frage 7:

Auf welcher Grundlage wurde die Ausweitung der Videoüberwachung angekündigt, da die Beschlussgrundlage in der Stadtverordnetenversammlung eine Ausweitung der Videoüberwachung des Öfteren abgelehnt hat (vgl. z. B. Vorlage 101.18.430; 101.18.159; 101.17.1961)?

Antwort:

Die zwischen Mitarbeiter*innen der Polizei und verschiedener städtischen Ämter geführten Gespräche zu einem möglichen Ausbau einer Videoüberwachung in der Innenstadt beruhen auf dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 8. Mai 2017 (Vorlage Nr. 101.18.481).

Im Übrigen obliegt es der politischen Einschätzungsprärogative des Oberbürgermeisters bzw. der zuständigen Dezernenten, Vorhaben anzukündigen.

Frage 8:

Wann sollen die zusätzlichen Überwachungskameras in Betrieb genommen werden?

Antwort:

Zum Zeitrahmen können keine Angaben gemacht werden.

Frage 9:

Wann wird der Magistrat den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 8. Mai 2017, ein Konzept zur Ausweitung der Videoüberwachung in Kassel vorzulegen, umsetzen?

Antwort:

Hinsichtlich der im vorgenannten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 8. Mai 2017 (Vorlage Nr. 101.18.481) aufgeführten sicherheitspolitischen Aspekte arbeitet die Stadt Kassel unter anderem mit dem Polizeipräsidium Kassel zusammen. Es besteht ein stetiger Austausch, so dass das in diesem Beschluss thematisierte Verfahren auf Verwaltungsebene bereits umgesetzt wird.

Ulrich Krebs